

„Sie wollen demokratisieren, nicht restaurieren“**Massenstreik, Volksaufstand, Erhebung, Revolution? Zum 17. Juni 1953**

Interview mit Dr. Jochen Cerny, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, Mai 2003

Der PDS-PRESSEDIENST veröffentlichte im Heft 17 ungekürzt die Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS zum 17. Juni 1953. Trotz ihrer Länge von drei Seiten beantwortet die Erklärung nicht alle Fragen, die - auch an der Parteibasis - diskutiert werden. Da du einer der Sprecher der Kommission bist und diese Erklärung entworfen hast, bitten wir dich um ergänzende Auskünfte. Warum wurde sie schon Wochen vor dem eigentlichen Jahrestag der Öffentlichkeit vorgestellt?

Die Massenmedien werden demnächst das Jubiläum „vermarkten“. Ich fürchte, es wird dann schwieriger, über das 1953 wirklich Geschehene sachlich zu reden. Deshalb haben wir uns so früh erklärt. Wir konzentrierten uns dabei allerdings auf das für uns Wichtigste.

Beginnen wir mit Zahlen. Ihr beziffert die Streikenden auf „schätzungsweise eine halbe Million“. Demonstrationen hätten in „Hunderten von Orten“ stattgefunden, mehr als 50 Personen seien am 17. Juni sowie in dessen Folge zu Tode gekommen und ungefähr 13.000 im Juni und Juli festgenommen worden. - Geht es genauer?

Nein. Damals hat es kaum Zählungen, fast nur Schätzungen gegeben. Und die weichen auch noch voneinander ab. Es gibt beispielsweise keine zuverlässige Bezifferung der betroffenen Orte. Wo war es nur ein Auflauf, wo schon eine Demonstration? Wie sah das damals der Volkspolizist? Wie schlug sich das in Akten nieder? Wie versteht es jetzt der Auswertende?

Betrachten wir die Streikbeteiligung etwas näher. Die Besatzungsmacht veranschlagte sie auf annähernd 150.000 Streikende am 17. Juni und annähernd 200.000 am 18. Juni. Die Angaben in Akten des Innenministeriums sowie des Staatssicherheitsdienstes der DDR, die auch noch auseinander gehen, sind für den 17. Juni sehr viel höher und für den 18. Juni niedriger als die sowjetischen Angaben. In unserer Erklärung verwenden wir die höchste Zahl nicht zuletzt deswegen, weil allein schon die IG Metall - wohl die einzige Gewerkschaft, die das so genau ermittelte und überlieferte - rund 275.000 Streikende meldete. Das war ein Drittel aller in dem Industriezweig Tätigen! Und für die Bauarbeiter, die als Erste die Arbeit niederlegten und sie als Letzte wieder aufnahmen, kann die Zahl eigentlich nicht kleiner, sie dürfte eher höher gewesen sein.

Ihr nennt das „Massenstreik“. Auch wenn es nur die rund 300.000 waren, von denen Otto Grotewohl damals sprach, wird man es wohl so nennen dürfen. Kann aber ein solcher Streik spontan sein, wie ihr schreibt, also aus dem Stand gelingen, ohne jede Vorbereitung?

Aus dem Stand? Das trifft es nicht. Arbeitsniederlegungen waren in der DDR keineswegs so selten, wie man heute vielleicht meint, und manche Streiks wurden damals auch weithin bekannt - über den RIAS. Siegfried Prokop veröffentlichte in Nr. 81 der vom Bildungsverein „Helle Panke“ herausgegebenen „hefte zur ddr-geschichte“ eine aus MfS-Angaben zusammengestellte Streiktabelle für die Zeit ab Dezember 1952, derzufolge in der ersten Juni-Hälfte 1953 kleinere Streiks in sieben Betrieben stattfanden, deren Standorte sich über die Republik verteilten - von Rostock bis Karl-Marx-Stadt, von Cottbus bis Gotha. Über das, was sich am 16. und 17. Juni in Berlin tat, berichtete der RIAS natürlich ausführlich und fungierte

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

so, da zitieren wir Egon Bahr in unserer Erklärung, als „Katalysator“. Doch gab es außerhalb von Berlin keine Vorabsprachen, geschweige denn Vorbereitungen, die auch nur annähernd eine solche Reichweite hatten, wie dann der Streik, der am 17. Juni als republikweiter spontaner Solidaritätsstreik der Bauarbeiter begann.

Republikweit?

Ja, aber nicht flächendeckend. Am 17. Juni ließ er die Nordbezirke aus, die erst am 18. Juni nachzogen. Am schnellsten und stärksten entfaltete sich die Streikbewegung in mitteldeutschen Industriegebieten, wo sich vor allem Metallarbeiter und Chemiewerker anschlossen. In einer nach der Anzahl der Streikenden sowie der betroffenen Betriebe aufgestellten Rangordnung der Bezirke hätte Halle den Spitzenplatz. Es folgten - wobei die Platzierung davon abhängt, welchen Bericht man auswertet - Leipzig, Potsdam, Cottbus, Magdeburg, Erfurt, Gera und Dresden. Ich nenne jetzt aber nur die am stärksten involvierten Bezirke.

In eurer Erklärung erwähnt ihr auch die Landbevölkerung ...

Wir nennen die Kundgebung von rund 2.000 Bauern in Mühlhausen. - Noch interessanter finde ich, dass die etwa 250 Teilnehmer einer Dorfversammlung in Eckolstädt (Kreis Apolda) schon am 13. Juni Forderungen erhoben, die anderswo erst am 17. laut wurden. Sie gingen über spezifische Bauerninteressen hinaus und zielten bereits auf Regierungsrücktritt und Neuwahlen, bei denen es „tatsächlich etwas zu wählen“ gäbe. Mit einer vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragenen Regierung käme man auch der deutschen Wiedervereinigung „beträchtlich näher“. - Nachzulesen in Heft 6 der Zeitschrift „UTOPIE kreativ“ von Februar 1991.

Damit wären wir bei den politischen Forderungen. Im Grunde genommen war der Streik von Anfang an ein politischer. In der genannten Reihe „hefte zur ddr-geschichte“ wird demnächst ein Vortrag veröffentlicht, in dem Jörg Roesler die jahrelange Auseinandersetzung um die Arbeitnormung behandelte. Roesler zitiert das alte Arbeiterwort „Akkord ist Mord“ und erklärt, wie die ab 1945 aus der Arbeiterklasse hervorgehenden Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre nach und nach zu der Einsicht kamen, auch in der volkseigenen Industrie ginge es nicht ohne einen Leistungslohn - was sich dem Gros der Arbeiterschaft keineswegs gleichermaßen mitteilte. In den unvermeidlichen Auseinandersetzungen wurden Funktionäre von Arbeitern bald „als ihnen fremd und in bestimmten Situationen auch ihnen feindlich gegenüberstehend begriffen“. Daran hatte auch der RIAS seinen Anteil. Und ab April 1953 machte er die Normenfrage zu einem Dauerthema der insbesondere für Arbeiter eingerichteten Sendereihe „Werktag der Zone“. Der RIAS verlautbarte: „Jede Normenerhöhung dient der Stärkung des Systems, dessen Sturz und Ende das wichtigste politische Anliegen der Arbeiter ist.“ Er berichtete über erfolgreiche Streiks gegen Normerhöhungen, äußerte „Dank und Bewunderung“ und spornte an: Es gibt erste „Anzeichen, dass die Staatskapitalisten ihres Ausbeuter-Triumphes unsicher geworden sind. Macht davon Gebrauch, stoßt nach Kollegen!“ - Ich zitiere den RIAS nach einem Aufsatz von Markus Wacket in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“, Heft 9/1993.

Läuft das nicht darauf hinaus, den Massenstreik als gegen den Staat gerichtet zu betrachten und für konterrevolutionär zu erklären? Gegen das SED-Regime richtete er sich jedenfalls, wenn auch nicht gleichermaßen gegen die DDR. Doch konterrevolutionär war er keineswegs. Willy Brandt hatte Recht, als er am 1. Juli 1953 im Bundestag erklärte, nirgendwo in der Ostzone habe man einen Ruf nach Anschluss an die Bonner Republik hören können, nirgendwo sei eine Reprivatisierung der Großindustrie gefordert worden, die Arbeiter wollten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

nicht die ostdeutsche Diktatur gegen die westdeutsche Reaktion eintauschen: „Sie wollen demokratisieren, nicht restaurieren.“

Von einer anderen Position aus, aber in ähnlichem Sinne äußerte sich damals Edward Kardelj, ein maßgebender jugoslawischer Politiker und Theoretiker des Selbstverwaltungssozialismus. Er ordnete die ostdeutsche Erhebung dem antistalinistischen Widerstand zu und bezeichnete sie in der Belgrader Parteizeitung „Borba“ als „das wichtigste Ereignis nach dem jugoslawischen Widerstand“ von 1948. Was da stattfand, war nach seiner Meinung vor allem ein „Klassenprotest des deutschen Arbeiters gegen die staatskapitalistischen Verhältnisse“, gegen Verhältnisse, „die ihm von der Besatzung [...] als ›sozialistisch‹ und ›proletarisch‹ aufgezwungen wurden, die er aber nicht als ›proletarisch‹, noch als ›sozialistisch‹ anerkennt.“

Wie verträgt sich mit solch einer uneingeschränkten Hochschätzung das, was ihr in eurer Erklärung zurückhaltend „Ausschreitungen“ nennt?

Die scheinen eine unvermeidliche Begleiterscheinung von Volksaufständen zu sein. Da kam es wohl immer zu unheilvollen Verbindungen von echtem Volkszorn mit Provokationen, Vandalismus und Verbrechen. So etwas weitestgehend einzudämmen, dazu bedürfte es bestimmter Vorkehrungen und eben jener Führung, die der Erhebung vom 17. Juni fehlte.

Was war es denn: Volksaufstand oder Erhebung? Darüber zu streiten, bringt nicht viel. Die Grenzen sind fließend. Doch nach meinem Verständnis gehört zum Volksaufstand ein Mindestmaß an Organisation, die wenigstens im regionalen, wenn schon nicht im nationalen Rahmen wirksam werden muss. Ich bleibe also bei „Erhebung“: Erhebung hauptsächlich der Arbeiterschaft, weil sie den Anstoß gab und das Gros auch der Demonstranten stellte.

Was hältst du von der „Beförderung“ der Juni-Ereignisse zur Revolution? Es geht nicht an, sie auf eine Stufe mit den Revolutionen von 1848/49 und 1918/19 zu heben. Schon deshalb nicht, weil eine Umwälzung dieser Größenordnung einen gesamtdeutschen Rahmen gebraucht hätte. - Betrachten wir doch die politischen Forderungen, die am meisten zu hören waren: Rücktritt der Regierung, Beseitigung der Zonengrenzen, gesamtdeutsche freie Wahlen, Abzug der Besatzungstruppen... Das ging nicht nur gegen die Regierung Grotewohl und „die Sowjets“. Das richtete sich gegen jedwedes Besatzungsregime und war, wenn schon revolutionär, dann national-revolutionär. - Die da von Revolution sprechen, meinen aber wohl ganz etwas anderes: so etwas wie ein Roll back für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, also eine auf Ostdeutschland beschränkte Konter-Revolution.

Wenn wir nun schon bei „national-revolutionär“ sind: Wo standen denn die Nazis, die acht Jahre nach der Beseitigung ihrer Herrschaft wohl noch nicht alle verschwunden waren? Über die „Kommandeuse“ Erna Dorn müssen wir, hoffe ich, nicht mehr reden. Wie damals aus einem Journalistenirrtum eine Politikerlüge wurde, ist hinreichend untersucht und auch oft genug dargelegt worden. Das erste einschlägige Buch erschien schon 1994 in unserem Dietz Verlag.

Wo aber die vormaligen kleinen Nazis standen? Auf „beiden Seiten der Barrikade“! Dafür lieferte die Zentrale Parteikontrollkommission einen bemerkenswerten Beleg, als sie berichtete, dass sich unter den Mitgliedern, deren Parteiausschluss wegen ihrer vorbildlichen Haltung am 17. Juni rückgängig gemacht wurde, erstaunlich viele vormalige SS-Männer befänden, die wegen dem Verschweigen dieser ihrer Vergangenheit ausgeschlossen worden waren. Dabei dürfte es sich kaum um Freiwillige in den ursprünglichen Schutzstaffeln gehandelt haben, sondern um die später zur Waffen-SS einberufenen jungen Burschen. Noch ein Beispiel: In der gemeinsamen Streikleitung von Sachsenwerk und ABUS Dresden

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

saßen SED-Mitglieder mit vormaligen Mitgliedern verschiedener NS-Organisationen zusammen. Herausragend: Wilhelm Grothaus und Fritz Saalfrank. Grothaus, Jahrgang 1893, war 1932 aus der SPD in die KPD gekommen und als Angehöriger der von Schumann, Engert und Kresse geleiteten Widerstandsgruppe 1944 verhaftet worden, konnte aber im Februar 1945 fliehen. Bis 1950 in der Stadt- und Landesverwaltung tätig, kam er nach einem Parteiverfahren in die ABUS zurück. Saalfrank, Jahrgang 1909, war 1931 in die NSDAP eingetreten und hatte in der SA einen höheren Rang erlangt. Ab 1946 war er Montagearbeiter, ab 1952 kaufmännischer Angestellter in der ABUS. - Der SA-Mann wurde zu zehn, der Antifaschist zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt...

Grothaus - solch ein Mann wäre es doch wert, mit einem Straßennamen an ihn zu erinnern...? Zweifellos. Ich hoffe, das ist schon längst geschehen. - Ich kann die Einmischung waschechter Nazis keineswegs ausschließen, noch weniger die von Angehörigen DDR-feindlicher Gruppen anderer Art. Bernd Stöver, der sich bei seiner umfangreichen Darstellung der „Amerikanischen Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991“ hauptsächlich auf die in der US-Administration produzierten Akten stützt, schreibt über den 17. Juni unter anderem: „Durchgängig waren alle privaten, parteigebundenen und amtlichen antikommunistischen Organisationen in irgendeiner Weise am Aufstand beteiligt.“ Damit meint er Organisationen sowohl vom Typ der so genannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit als auch die Ostbüros der Parteien. „Dabei unterschied sich der Involvierungsgrad ebenso wie die Intensität und Radikalität der Aufrufe.“ Doch hätten jene Organisationen den Aufstand nicht initiiert, und man wäre dort „vom Zeitpunkt, Umfang und von der Heftigkeit des Aufstandes überrascht“ gewesen. - Letzteres gilt auch für die Geheimdienste. „Wir wurden kalt erwischt“, gestand ein CIA-Offizier schon vor mehreren Jahren.

Du hast eine ganze Reihe von Schriften angeführt. Welche kannst du den Leserinnen und Lesern empfehlen, die sich umfassender informieren möchten? Was zum 17. Juni veröffentlicht wurde, ist kaum noch überschaubar. Im laufenden Jahr sind schon fünf Bücher hinzugekommen, und weitere drei oder vier sind zu erwarten. Erschienen ist eine ungewöhnlich sorgfältige und zuverlässige Darstellung des Geschehens in Halle (Saale) von Hans-Peter Löhn, die nicht nur Hallenser lesen sollten. Ähnlich ist dem bereits 1999 herausgekommenen Buch von Heidi Roth „Der 17. Juni 1953 in Sachsen“ zu wünschen, dass es auch jenseits der Landesgrenzen gelesen wird. Höchst interessant ist Siegfried Prokops Buch „Intellektuelle im Krisenjahr 1953“. Von Torsten Diedrichs erster, in unserem Dietz Verlag schon 1991 erschienenen Darstellung des Einsatzes der bewaffneten Kräfte ist eine überarbeitete Neuauflage angekündigt. Dass Thomas Flemmings Buch zur ARD-Sendung eine gute Übersicht über die Juni-Ereignisse vermittelt, hörte ich von Kollegen. Ich kenne es noch nicht.

Sowohl der Anschaffung, als auch dem Studium der Fachliteratur, um die es sich da meist handelt, sind ja Grenzen gesetzt. Auch deswegen verweise ich auf die zumeist populärwissenschaftlich abgefassten, minder umfangreichen, preiswerten Broschüren der parteinahen Bildungsvereine. Die Pankower „hefte zur ddr-geschichte“ nannte ich. Sehr zu empfehlen ist die vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft im vergangenen Jahr herausgebrachte Broschüre „Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg“. Sie enthält die Protokolle zweier Diskussionen - die erste fand in Jena, die zweite in Berlin statt - über die Vorgeschichte der Juni-Erhebung. Wer mehr dazu erfahren möchte, kann die Broschüre bestellen beim Thüringer Forum, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 07743 Jena.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Für das Gespräch bedankt sich DISPUT.

[Quelle: http://www.pds-online.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=1131&bs=1&n=10&archiv=1.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---